



Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen



Forderung zur Landtagswahl	Im Koalitionsvertrag	Bewertung	
<p><b>Verstetigung der Landesmittel für die Seehäfen auf 40 Mio. Euro jährlich:</b> Für den Erhalt und den Ausbau der Seehafeninfrastruktur ist eine verlässliche, marktconforme und umsetzbare Finanzierung erforderlich, die den Substanzverkehr der letzten Jahrzehnte ausgleicht.</p>	<p>SPD und CDU wollen die niedersächsischen Seehäfen weiter finanziell fördern und ihre Infrastruktur ausbauen.</p>	<p>Die Aussage im Koalitionsvertrag ist noch zu unverbindlich. Die für 2018 zur Verfügung gestellten und mittlerweile auch für 2019 und 2020 avisierte Erhöhung der Investitionsmittel auf (mindestens) 40 Mio. Euro muss verstetigt werden.</p>	
<p><b>Seewärtige Zufahrten sichern und ausbauen:</b> Die im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf genannten Fahrrinnenanpassungen an Ems, Weser und Elbe sind zügig umzusetzen. Eine zielführende Beförderung der Maßnahmen durch die eingebundenen Ministerien und/oder deren nachgelagerten Organisationen (z.B. den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) ist zwingend notwendig.</p>	<p>SPD und CDU wollen die dringend notwendigen Fahrrinnenanpassungen der Außen-Ems und der Weser bis Brake vorantreiben und den Ausbau der Mittelweser fortführen.</p>	<p>Die Zusage der Unterstützung ist das richtige Signal, derzeit kommt es aber weiterhin zu Verzögerungen in der Planung und Umsetzung. Wenn die niedersächsischen Häfen nicht hinter ihre europäischen Wettbewerber zurückfallen sollen, ist hier ein aktiveres und koordiniertes Auftreten aller beteiligten Ministerien erforderlich.</p>	
<p><b>Beschleunigte Umsetzung wichtiger Projekte im Seehafen hinterlandverkehr:</b> Die im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Verkehrsprojekte zur verbesserten verkehrlichen Anbindung der Seehäfen müssen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze zügig umgesetzt werden.</p>	<p>SPD und CDU wollen die im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf verankerten Projekte zügig vorantreiben. Dies gilt vor allem für den Bau der A20. SPD und CDU wollen die Elektrifizierung der Schienenanbindung des JadeWeserPorts in dieser Legislaturperiode abschließen und das Projekt Alpha-E zur Stärkung der Güterverkehre zwischen Hamburg bzw. Bremen und Hannover umsetzen.</p>	<p>Mit den Ankündigungen im Koalitionsvertrag liegt die Landesregierung auf der Linie unserer Forderungen. Der Erfolg wird sich an den konkreten Fortschritten der Projekte messen lassen müssen. Hierzu ist sicherzustellen, dass ausreichend Personal für die Planung und Umsetzung – auch nach Gründung der Bundesfernstraßengesellschaft – vorhanden ist.</p>	



Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen




Forderung zur Landtagswahl	Im Koalitionsvertrag	Bewertung	
<p>Zum Thema Brexit wurden zur Landtagswahl 2017 noch keine Forderungen von der niedersächsischen Seehafenwirtschaft an die Landespolitik aufgestellt, da noch nicht abzusehen war, wie sich die Verhandlungen entwickeln würden. Nach aktuellem Stand ist davon auszugehen, dass sich Zoll- und Abfertigungsmodalitäten erschweren werden, was sich stark auf die niedersächsischen Häfen mit ihren Englandverkehren auswirken wird. Hier muss sich die Landesregierung beim Bund für ausreichend Personal beim Zoll einsetzen.</p>	<p>SPD und CDU stimmen darin überein, dass im Zuge der Verhandlungen zur nächsten EU-Förderperiode der Verteilung der Finanzmittel unter den Auswirkungen des Brexit eine besondere Bedeutung zukommt. Es gilt, die Finanzmittel der Bedeutung der jeweiligen Säulen entsprechend gerecht zu verteilen. Um die Folgen des Brexit abzumildern, wollen wir uns mit dem Bund für die Interessen unserer Fischerei einsetzen.</p>	<p>Eine Fokussierung der Landesregierung beim Thema Brexit ausschließlich auf die Finanzpolitik und die Fischerei ist nicht ausreichend. Sollten die internationalen Lieferketten durch unzureichende Zollkapazitäten beeinträchtigt werden, wird das die niedersächsischen Häfen zu Gunsten der bereits gut aufgestellten Standorte in den Nachbarländern schwächen. Hier ist ein besonderes Engagement des Landes gegenüber dem Bund notwendig.</p>	
<p><b>Chancen der Digitalisierung zur Stärkung der Wettbewerbssituation nutzen:</b> Um auch nachkommenden Generationen in der Küstenregion eine Perspektive zu bieten, muss die Digitalisierung als Chance genutzt werden, um die Seehäfen für die Zukunft wettbewerbsfähig aufzustellen. Es bedarf einer erheblichen Anstrengung aller Beteiligten, um die Beschäftigungsbilanz dieses technologischen Wandels positiv zu gestalten und die Arbeitsplätze in der Hafengewirtschaft weiterzuentwickeln. Hierzu benötigen wir eine umfassende Weiterbildungs- und Qualifizierungsoffensive.</p>	<p>SPD und CDU wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit der in Niedersachsen bedeutenden Branchen Mobilität, Energie, Produktion, Landwirtschaft und Gesundheit sichern. SPD und CDU wollen die niedersächsischen Unternehmen bei der Bewältigung von Digitalisierung und Automatisierung und der Schaffung neuer, moderner Arbeitsplätze unterstützen. Damit der Anschluss der Unternehmen an den technologischen und sozialen Wandel und die Digitalisierung gelingt wollen wir einen leichteren Zugang zu Forschungs-, Entwicklungs-, und Innovationsförderungen finden.</p>	<p>An unterschiedlichen Stellen im Koalitionsvertrag wird bei den Vorhaben der Landesregierung zur Digitalisierung auf einzelne Schwerpunktbereichen in Niedersachsen Bezug genommen. Bei der zukünftigen Ausrichtung der Landespolitik und insbesondere bei der Umsetzung des Masterplans Digitalisierung muss die Seehafenwirtschaft in einer Weise berücksichtigt werden, die ihrer hohen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung für das Land Niedersachsen gerecht wird.</p>	



Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen



Forderung zur Landtagswahl	Im Koalitionsvertrag	Bewertung	
<p><b>Ohne Glasfaserausbau keine Digitalisierung in den Seehäfen:</b> Zum Erhalt der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Seehäfen gilt es, bestehende Versorgungslücken zügig zu schließen und flächendeckend Breitbandanschlüsse zu gewährleisten, um die Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung nicht zu entziehen.</p>	<p>SPD und CDU wollen den flächendeckenden glasfaserbasierter Breitbandausbau finanziell fördern und fordern die Schließung der bestehenden Versorgungslücken beim Mobilfunkstandard 4G und die beschleunigte Einführung des 5G Netzes.</p>	<p>Der Einstieg der Landesregierung in die Gigabitversorgung mit den im Masterplan Digitalisierung in Aussicht gestellten Fördermitteln ist ein bedeutender Schritt für die Versorgung der Hafenstandorte mit Breitbandanschlüssen. Beim Ausbau der Mobilfunknetze ist darauf zu achten, auch die Verkehrswege zu Lande und zu Wasser mit 5G-Standard zu versorgen, um die Digitalisierung im Verkehr voranzutreiben.</p>	
<p><b>Berufliche Qualifizierung weiterentwickeln:</b> Die niedersächsische Politik muss flächendeckend Berufsschulen mit ausreichendem Lehrpersonal zur Verfügung stellen und die Lehrpläne an die sich veränderten berufsfachlichen Anforderungen anpassen.</p>	<p>SPD und CDU streben die besondere Förderung der dualen Berufsausbildung zur Sicherung der Fachkräfte und einer geringen Jugendarbeitslosigkeit an. Ziel ist es eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen zu erlangen und die Kapazitätsplanung beim Lehrkräftebedarf zu optimieren.</p>	<p>Die beabsichtigte Rücknahme von in früheren Haushaltsplänen vorgesehenen Stellenstreichungen ist grundsätzlich zu begrüßen, jedoch noch nicht ausreichend, um zukünftig eine gesicherte Unterrichtsversorgung ohne Unterrichtsausfälle zu gewährleisten. Zudem müssen die Lehrpläne fortlaufend an die stetigen Veränderungen in den Berufsbildern angepasst werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung.</p>	